

Weltverfolgungsindex 2023

Wesentliche Entwicklungen

Inhalt

Diese Entwicklungen prägen die Verfolgungssituationen für Christen

- 1. Gewalt gegen Christen in Subsahara-Afrika erreicht neuen Höchststand**
- 2. Chinas fortschreitender Autoritarismus – Vorbild für immer mehr autokratische Regime**
- 3. Die Lage der Christen in Afghanistan ist unübersichtlich**
- 4. Nicaragua und andere Länder in Lateinamerika erhöhen Druck auf Christen**
- 5. Exodus der Christen aus dem Nahen Osten hält an**

Weltweit sind mehr als 360 Millionen Christen einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Die Intensität der Verfolgung ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert hoch. Das belegt der neue Weltverfolgungsindex 2023, eine Rangliste der 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung.

Die 50 Länder sind den Rubriken »extreme Verfolgung« (81–100 Indexpunkte) und »sehr hohe Verfolgung« (61–80) zugeordnet. Davon sind aktuell mehr als 312 Millionen der insgesamt dort lebenden rund 744 Millionen Christen betroffen. In 26 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung (41–60). Die Intensität der Verfolgung, woraus sich die Positionierung auf dem Weltverfolgungsindex ergibt, lässt sich an der Gesamtpunktzahl für ein Land ablesen.

Die Verfolgung von Christen wegen ihres Glaubens geht in einigen Ländern von Regierungen aus, oftmals aber auch von extremistischen religiösen und politischen Gruppen.

Iran und China sind zwei aktuelle Beispiele dafür, wie Regime gegen »Abweichler« wie etwa Christen in ihrem Land vorgehen. Insgesamt werden sie in 76 Ländern diffamiert, schikaniert, inhaftiert, geschlagen, vertrieben und ermordet, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen. Der Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex (WVI) reicht vom 1. Oktober 2021 bis zum 30. September 2022. Während dieser Zeitspanne wurden 5.621 Christen wegen ihres Glaubens ermordet, davon 5.014 allein in Nigeria. Im Vorjahr waren weltweit 5.898 Fälle dokumentiert worden. Die Dunkelziffer jeweils liegt mutmaßlich deutlich höher. In China wurden wie im Vorjahr die meisten Kirchen oder kirchlich genutzte Gebäude geschlossen oder zerstört.

Die sehr angespannte Sicherheitslage sowie Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben in etlichen Ländern die Dokumentation von Verfolgung und Diskriminierung gegen Christen erschwert.

1. Gewalt gegen Christen in Subsahara-Afrika erreicht neuen Höchststand

Die seit Jahren zunehmende Verfolgung von Christen in Ländern südlich der Sahara hat eine neue Dimension von Gewalt erreicht. Von den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex (WVI) befinden sich 13 in Subsahara-Afrika. In 9 der 13 Länder liegt das Auftreten von Gewalt im »extrem hohen« Bereich. Islamistische und andere bewaffnete Gruppen haben etwa in Nigeria (#6), Burkina Faso (#23), Mosambik (#32) und der Demokratischen Republik Kongo (#37) mit Angriffen auf mehrheitlich christliche Dörfer und Regionen Zehntausende vertrieben. Christen, die trotz der Angriffe bleiben, müssen mit zunehmender Feindseligkeit durch die muslimische Bevölkerung rechnen, die sich in vielen Fällen

mit den Islamisten solidarisieren und sich gegen die Christen stellen – so etwa bei den fortwährenden Angriffen der »Allied Democratic Forces« (ADF) in der [Demokratischen Republik Kongo](#). Dort wurden beispielsweise bei einem Angriff auf ein von Christen geführtes Krankenhaus am 7. Juli 13 Menschen ermordet.

Die oft schwachen und korrupten Regierungen setzen dieser Entwicklung kein Ende. Armut und Hunger wurden vielerorts durch den Krieg Russlands und die Folgen der Pandemie verstärkt. Dadurch finden sich die meisten der geflüchteten Christen auf ihrer ohnehin gefährlichen Flucht

in einem Kampf ums nackte Überleben wieder. Hilfe finden sie oftmals bei Kirchengemeinden in Regionen, die weniger von Gewalt betroffen sind und die häufig von christlichen Hilfswerken wie Open Doors unterstützt werden. In Flüchtlingscamps dagegen kann ihnen weitere Gewalt drohen – dies gilt gerade für christliche Konvertiten. Allgemein fehlt es in solchen Camps oft an der nötigen Sicherheit, insbesondere für Frauen und Mädchen.

In islamisch dominierten Regionen sind Christen wegen ihres Glaubens Druck und Schikanen ausgesetzt – besonders dort, wo sich die Rechtsprechung auf die Scharia gründet. Das beginnt bereits in den Schulen und Universitäten und setzt sich am Arbeitsplatz und in anderen Bereichen der Gesellschaft fort; oftmals sind auch Behörden und Medien

daran beteiligt. Hinzu kommen die immer engeren Verbindungen von Islamisten, dem organisierten Verbrechen sowie bewaffneten Gruppen, die oft an Menschen-, Waffen- und Drogenhandel beteiligt sind. In diesem Bereich gilt Westafrika als Drehscheibe. Die dramatisch negativen Folgen für Christen zeigen sich etwa in Nigeria. Im Berichtszeitraum wurden 4.726 Entführungen von Christen dokumentiert. Dabei sind Christinnen weit häufiger Opfer von Entführung und Versklavung als andere gesellschaftliche Gruppen. Christen sind auch überproportional von Angriffen auf Dörfer und Ermordungen betroffen – die weitaus häufigere Zerstörung von Kirchen gegenüber Moscheen komplettiert das Bild von der gezielten Vertreibung und Auslöschung der christlichen Bevölkerung.

2. Chinas fortschreitender Autoritarismus – Vorbild für immer mehr autokratische Regime

China ist bestrebt, in vielen Bereichen die internationale Agenda zu dominieren. Mit seinem Modell des Autoritarismus ist China besonders für autokratische Staatschefs ein anscheinend erfolgreiches Vorbild. Seit der Machtübernahme von Xi Jinping setzt sich diese Entwicklung fort und hat sich mit der Einführung des Sozialkreditsystems sowie der 2018 veröffentlichten neuen Gesetzgebung im Bereich der Religion stetig verfestigt. Christen werden direkt aufgefordert, ihren Glauben abzulegen. Aktuell treibt China die Bildung einer internationalen Allianz zur Neugestaltung der Menschenrechte voran. Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit gehören nicht dazu. Gegenüber dem Vorjahr hat sich China im Ranking des WWI von Rang 17 auf 16 verschlechtert.

Auf der anderen Seite hat der technologische Fortschritt chinesischen Christen ermöglicht, im Bereich von Evangelisation neue Wege zu gehen. Manche Pastoren nutzen etwa Social-Media-Plattformen wie WeChat für 60-sekündige Sprachnachrichten, um den Behörden keine Predigtetails vorlegen zu müssen. Christliche Inhalte waren auf einigen Online-Plattformen zwar trotz der neuen Gesetze zur Regulierung religiöser Inhalte im Internet vom März 2022 noch verfügbar, wer diese aber ohne staatliche Lizenz anbietet oder darauf zugreift, wird strafrechtlich verfolgt.

Deshalb ist die Nutzung digitaler Plattformen zunehmend mit Risiken verbunden. So wurde im August 2022 der Pastor einer Hauskirche festgenommen, nur weil er christliche Literatur im Internet gekauft hatte.

Beispiele für autokratische Regime und deren Unterdrückung christlicher Gemeinschaften

Nachahmer Chinas in Bezug auf autoritären Führungsstil sind Länder wie Sri Lanka, Malaysia (#43) und Myanmar (#14). Dort hat die Armee der Regierung [eine der größten Kirchen im Land und weitere Kirchen](#) sowie hunderte Häuser von Christen zerstören lassen, weil sie angeblich die nationale Einheit bedrohen. Auch Russland sowie die zentralasiatischen Staaten Aserbaidschan, Kasachstan (#48), Kirgisistan, Turkmenistan (#26), Usbekistan (#21) und Tadschikistan (#44) folgen dem Weg Chinas. In [Tadschikistan](#) etwa erlaubt das »Staatliche Komitee für religiöse Angelegenheiten« keine Registrierung weiterer Kirchen, wer jünger als 18 Jahre ist, darf an Gottesdiensten nicht teilnehmen.

- In der Türkei (#41) lässt die islamisch-nationalistische Regierung wenig Raum für Christen. Vielmehr schürt sie ihnen gegenüber mit aggressiver Rhetorik Misstrauen, was zu starkem gesellschaftlichen Widerstand führt. Während des Berichtszeitraums wurden etliche Kirchengebäude beschädigt, entweiht, in Moscheen umgewandelt oder anderweitig angegriffen. Insbesondere christliche Asylbewerber und Flüchtlinge (einschließlich Konvertiten vom Islam) aus Ländern wie Iran, Afghanistan und Syrien waren erheblicher Diskriminierung und Misshandlung ausgesetzt.
- Algerien (#19) ist ein weiteres Beispiel für anhaltende Feindseligkeit gegenüber dem christlichen Glauben von staatlicher Seite. Im Berichtszeitraum erhöhte

die Regierung den Druck auf die Kirchen, indem sie Christen und ihre Leiter gleichermaßen verfolgte und verurteilte. Zusätzlich zu den bereits in den Vorjahren geschlossenen Kirchen wurde die Schließung vier weiterer Kirchen angeordnet. Viele Kirchengemeinden haben wegen des erhöhten Drucks ihre Aktivitäten eingeschränkt. Das hat dazu geführt, dass zahlreiche Gemeindeglieder nicht mehr erreicht werden und somit isoliert sind. Algerien setzt zunehmend Gesetze zur Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche ein, um gegen Gemeinden und einzelne Christen vorzugehen.

- Iran (#8) Die politischen Institutionen des Landes werden von religiösen Hardlinern beherrscht. Die staatliche Überwachung nimmt zu, und die Behörden greifen immer stärker in das tägliche Leben und die Aktivitäten der Christen ein. Der Druck auf sie war in allen Lebensbereichen extrem hoch. Die Zahl dokumentierter gewaltsamer Übergriffe, einschließlich Entführungen, ist gestiegen.
- Indien (#11): Indiens Christen sind seit 2014 extrem hoher Gewalt ausgesetzt. Aufgrund der Anti-Bekehrungs-Gesetze in 11 Bundesstaaten kam es häufig zu willkürlichen Verhaftungen von Kirchenleitern und Christen, insgesamt wurden für Indien 1.711 dokumentiert. Dadurch sehen sich insbesondere extremistische Hindus ermutigt, ihre Angriffe auf Christen sowie deren

Häuser und Gottesdienste zu verstärken. Seit die Regierung von Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 an die Macht kam (und im Mai 2019 mit einem noch größeren Mandat wiedergewählt wurde), hat der Druck auf Christen in Indien erheblich zugenommen. Angriffe auf sie sind an der Tagesordnung, während die Angreifer in den allermeisten Fällen nicht belangt werden.

- Nicaragua (#50) ist 2023 zum ersten Mal unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex. Die Regierung tritt ähnlich wie die Regierungen von Kuba, Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern zunehmend autokratisch auf. Christliche Gemeinden werden immer stärker unterdrückt (vgl. Abschnitt 4).

Allein die Existenz christlicher Gemeinschaften stört viele autoritäre Regime. Dies gilt umso mehr, wenn christliche Aktivisten ihre Stimme erheben und die Versuche der Regime, ihre Bürger zu kontrollieren, vereiteln. Unter dem Deckmantel von »Stabilität« und »Sicherheit« üben Autokraten immensen Druck auf Kirchenleiter aus, wenn diese das Evangelium verkünden und das Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit für alle Bürger einfordern. Wer sich weigert, die Regierungspartei zu unterstützen, kann als »Unruhestifter«, »Gefährder der nationalen Sicherheit« oder sogar »Terrorist« gebrandmarkt werden. Ihnen drohen Verhaftungen, außerdem der Abriss oder die Schließung von Kirchengebäuden und der Verlust der Kirchenregistrierung.

3. Die Lage der Christen in Afghanistan ist unübersichtlich

Obwohl sich die Lage für einheimische Christen in Afghanistan nicht verbessert hat, wurde das Land nach zuvor Rang 1 nun auf Rang 9 eingestuft. Nach der turbulenten Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 änderte sich die Dynamik im Land. Im Berichtszeitraum des Vorjahres (WVI 2022) war der Wert für das Auftreten von Gewalt aufgrund der Ermordung von Christen, zahlreicher Übergriffe gegen sie sowie der erzwungenen Flucht hunderter christlicher Familien auf 15 Punkte (von 16,7 möglichen) gestiegen. Viele Christen sind ins Ausland geflohen, Hauskirchen wurden geschlossen.

Während der »Säuberungsaktionen« der Taliban im aktuellen Berichtszeitraum war es schwierig festzustellen, ob die Christen explizit wegen ihres Glaubens oder etwa wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit misshandelt wurden. Entsprechend der Methodik hinter dem Weltverfolgungsindex wertet Open Doors nur solche Vorfälle als Verfolgung, bei denen die Opfer wegen ihres christlichen

Glaubens angegriffen werden (dazu zählen Morde, Angriffe auf Geschäfts- und Wohnhäuser, sonstige physische Gewalt, Vertreibung, Inhaftierung etc.).

Außerdem haben sich zahlreiche Christen versteckt oder sind ins Ausland geflohen, weshalb die Zahl dokumentierter Gewalttaten wesentlich geringer als im Vorjahr ausfiel. Dadurch ist die Punktzahl im Bereich Gewalt deutlich gefallen (auf 4,6 statt 15 Punkte). Dies hat Auswirkungen auf die Gesamtpunktzahl, so dass Afghanistan statt zuvor Rang 1 aktuell im WVI 2023 auf Rang 9 eingeordnet ist.

Die Erfassung der Verfolgungssituation der Christen gemäß der WVI-Methodik bedeutet auch, dass alle im Land existierenden christlichen Gemeinschaften (Untergrund- bzw. Hauskirchen von Konvertiten, Gemeinschaften ausländischer Christen) einbezogen werden. Während zahlreiche einheimische Christen aus dem Land geflohen sind, konnten einige

ausländische NGOs mit ihren teils christlichen Mitarbeitern ins Land zurückkehren. Diese Gemeinschaften von Christen können sich etwa zum Gebet treffen, was in die Ermittlung des Druckes in den einzelnen Lebensbereichen (Privatleben, Familienleben, gesellschaftliches Leben, Leben im Staat sowie kirchliches Leben) einbezogen wird. Deshalb ist die

Punktzahl auch in diesen Bereichen etwas gesunken, was sich auf das Ranking im WVI auswirkt.

Die im Land verbliebenen einheimischen Christen leben ihren Glauben überaus vorsichtig. Und dennoch konvertieren weiterhin Muslime zum christlichen Glauben.

4. Nicaragua und andere Länder in Lateinamerika erhöhen Druck auf Christen

Der Weltverfolgungsindex 2023 führt vier lateinamerikanische Länder auf: Nicaragua (#50) ist dabei zum ersten Mal in den Top 50 vertreten. Ebenfalls gelistet sind Kolumbien (#22), Kuba (#27) und Mexiko (#38).

Im Durchschnitt stieg die Gesamtpunktzahl in jedem der vier Länder um 4,2 Punkte, wobei Nicaragua sich mit 8 Punkten am deutlichsten verschlechterte. Nach öffentlichen Protesten im April 2018 nahmen die Repressionen der Regierung dort kontinuierlich zu. Während des Berichtszeitraums haben Präsident Ortega und seine Frau viel unternommen, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Kirchengemeinden waren ein bevorzugtes Ziel, da sie im Land einen guten Ruf haben und ihre Stimme großen Einfluss hat. Etliche ihrer Gebäude wurden beschädigt, christliche Fernsehsender und Hochschulen geschlossen, mehrere christliche Leiter wurden ausgewiesen.

Zum Vergleich: In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara stiegen die Punktzahlen der im WVI aufgeführten Länder um durchschnittlich 1,5 Punkte. In Asien sanken die Werte im Durchschnitt um 0,4 Punkte.

Die höheren Punktzahlen in Lateinamerika führten zu schlechteren Platzierungen im WVI. Kolumbien rangiert 2023 auf Platz 22, gegenüber Platz 30 im Vorjahr. Kuba rückte um 10 Plätze auf Platz 27 vor und Mexiko um 5 Plätze auf Platz 38.

Die deutlich verschlechterte Lage der Christen in diesen Ländern liegt primär darin begründet, dass korrupte und unfähige Regierungen kriminellen Gruppen und ethnischen Führern vor allem in ländlichen Regionen Raum gegeben haben, sich zu formieren, zu stärken und zu Verfolgern zu werden. Die Netzwerke der Kriminellen wachsen, sie beherrschen große Gebiete.

Die gewalttätigen Vorfälle richteten sich bevorzugt gegen Christen, da von ihnen keine Gegengewalt befürchtet wird. Von den Regierungen können christlichen Gemeinschaften kaum Schutz vor solchen Angriffen erwarten. Dabei nimmt die Brutalität bei den Angriffen auf Christen zu. Neben Schlägen, fingierten Unfällen und Entführungen kommt es teilweise auch zu Fällen von Verstümmelung. Christen, die sich kriminellen Gruppen entgegenstellen, sind besonders in jenen Regionen gefährdet, wo diese gegeneinander um die Vorherrschaft kämpfen. Nicht selten müssen sie aus ihren Gemeinschaften und manchmal auch aus dem Land fliehen.

In Nicaragua, aber auch in Kuba und Venezuela sind Kirchenleiter immer stärker von Repressionen durch die Regierung betroffen. Die Feindseligkeit gegenüber der Präsenz der Kirche im öffentlichen Raum nimmt zu, etwa wenn diese die biblische Sichtweise zu Gender-Fragen vertritt. Bei Aufmärschen und Demonstrationen für geschlechtliche Selbstbestimmung kommt es regelmäßig zu Angriffen auf Kirchengebäude. Diese Einschüchterungen führen bei Christen vermehrt zu Selbstzensur.

5. Exodus der Christen aus dem Nahen Osten hält an

Die christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten (Libanon, Syrien (#12), Irak (#18), Jordanien (#49) und Israel/Palästinensische Gebiete) schrumpfen aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen sowie Diskriminierung und Verfolgung. Seit dem Aufkommen des IS und der Verbreitung islamisti-

schen Gedankenguts haben Christen im Irak und in Syrien Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Insbesondere junge Christen sind mit hoher Arbeitslosigkeit und ständigen Anfeindungen konfrontiert, was ihren Wunsch nach Auswanderung fördert. Wegen ihres Glaubens werden

sie im Bildungswesen stark diskriminiert und bei Behörden schikaniert.

Christen im Nordosten Syriens sind den Angriffen der Türkei (#41) auf ihre Dörfer ausgesetzt, bei denen Dutzende von Kirchen, christliche Friedhöfe, Schulen und andere wichtige Gebäude schwer beschädigt wurden. Deshalb verlassen viele ihre überwiegend von Christen bewohnte Region.

Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben gelten als potenzielle Unruhestifter und mitunter gar als Bedrohung der nationalen Sicherheit. Von den Sicherheitsdiensten werden sie aufgefordert, sich weder mit anderen Christen zu treffen noch sich an christlichen Aktivitäten zu beteiligen. Die schlimmstmögliche Folge für Abkehr vom Islam ist die Todesstrafe, die jedoch normalerweise nicht von den staatlichen Behörden, sondern von den Familien vollstreckt wird (»Ehrenmorde«), so etwa im [Irak](#).

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0

E info@opendoors.de · I www.opendoors.de

Pressebüro

T 06195 6767-180

E pressebuero@opendoors.de